



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Odezwa austriackich organizacji zawodowych w sprawie zabezpieczenia poziomu płac dla najniżej uposażonych, Wiedeń, 5. 1917 r.

Liczba stron oryginału

4

Liczba plików skanów

5

Liczba plików publikacji

5

Sygnatura/numer zespołu

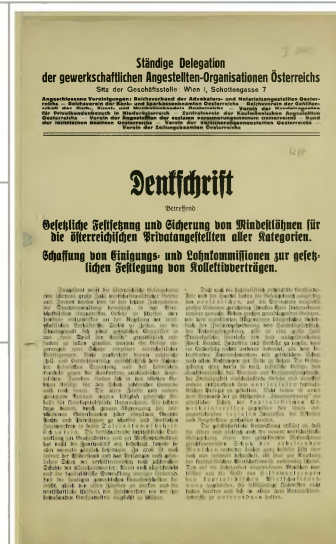
TR 072.061

Data wydania oryginału

1917

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Digitalizacja

V. 1947.

Ständige Delegation der gewerkschaftlichen Angestellten-Organisationen Österreichs

Sitz der Geschäftsstelle: Wien I, Schottengasse 7

Angeschlossene Vereinigungen: Reichsverband der Advokatur- und Notariatsangestellten Österreichs — Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs — Reichsverein der Gehilfenschaft des Buch-, Kunst- und Musikalienhandels Österreichs — Verein der Handelsagenten für Privatkundenbesuch in Niederösterreich — Zentralverein der Kaufmännischen Angestellten Österreichs — Verein der Angestellten der sozialen Versicherungsinstitute Österreichs — Bund der technischen Beamten Österreichs — Verein der Versicherungsangestellten Österreichs — Verein der Zeitungsbeamten Österreichs

7261

Dentschrift

Betreffend:

Gesetzliche Festsetzung und Sicherung von Mindestlöhnen für die österreichischen Privatangestellten aller Kategorien.

Schaffung von Einigungs- und Lohnkommissionen zur gesetzlichen Festlegung von Kollektivverträgen.

Insgesamt weist die österreichische Gesetzgebung eine überaus große Zahl wirtschaftspolitischer Gesetze auf. Immer wieder war in den letzten Jahrzehnten die Staatsverwaltung bemüht, in das Wirtschaftsleben einzugreifen, Gesetze zu schaffen oder sonstige mitzuwirken an der Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Selbst zu Zeiten, wo die Staatsgewalt sich jedes gesetzlichen Eingriffes in das „freie Spiel der Kräfte“ grundsätzlich enthalten zu sollen glaubte, wurden ihr Gesetze abgerungen zum Schutze einzelner wirtschaftlicher Betätigungen. Nicht zuallererst dienen zahlreiche Zoll- und Handelsverträge ausschließlich dem Schutze der heimischen Erzeugung und des heimischen Handels gegen die Konkurrenz ausländischer Kapitalisten. Daneben finden sich in den ältesten Gesetzen Ansätze für den Schutz zahlreicher Gewerbe auch nach innen. Die alten Zünfte und andere zwingende Normen waren lediglich gesetzliche Beihilfe für kleinkapitalistische Unternehmer. Sie sollten dazu dienen, durch genaue Abgrenzung der verschiedenen Gewerbearten jeder einzelnen Gruppe Rechte und Privilegien zu schaffen und sämtlichen Handwerfern in deren Daseinskampf beihilflich zu sein. Die fortschreitende kapitalistische Entwicklung zur Großindustrie und zur Massenproduktion hat wohl die Zunftpolitik arg bedrängt, konnte sie aber niemals gänzlich beseitigen. Zu groß ist noch immer der Widerstand und das Verlangen nach gesetzlichem Schutz der verhältnismäßig noch zahlreichen Schichte der Kleinhandwerker: Wenn auch abgeschwächt und die kapitalistische Entwicklung weniger hindernd, sind die heutigen gewerblichen Genossenschaften bemüht, gleich den alten Zünften zu wirken und die wirtschaftliche Existenz des Handwerkers vor der ihn bedrohenden Großindustrie möglichst zu schützen.

Doch auch die kapitalistisch entwickelte Großindustrie und der Handel haben die Gesetzgebung ausgiebig den persönlichen, auf die Erbringung möglichst großer Gewinne gerichteten Zwecken ihrer Unternehmer nutzbar gemacht. Neben großen grundlegenden Gesetzen, wie dem novellierten Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, der Zivilprozessordnung, dem Handelsgesetzbuch, der Patentgesetzgebung, gibt es eine große Zahl Spezialgesetze, sämtliche mit dem ausgesprochenen Zweck, Handel, Industrie und Verkehr zu regeln, was im Enderfolg nichts anderes bedeutet, als dem betreffenden Unternehmertum mit gesetzlichem Schutz nach allen Richtungen zur Seite zu stehen. Die Gesetzgebung ging darin so weit, politische Gesetze, das Koalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freizügigkeit einschränkende Gesetze und manches andere entsprechend dem antisozialen kapitalistischen Prinzip zu gestalten. Nicht selten ist unter dem Vorwand der zu schützenden „Staatsordnung“ ein gesetzlicher Schutz der kapitalistischen Erwerbsinteressen gegenüber den ihnen entgegenstehenden sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten geschaffen worden.

Die gesellschaftliche Entwicklung erklärt es, daß die ältere und vielfach auch die neuere wirtschaftliche Gesetzgebung einen den geschilderten Maßnahmen gleichkommenden Schutz der arbeitenden Menschen entweder bisher ganz beiseite läßt oder doch nur insoweit behandelt, als dies zur Regelung der kapitalistischen Wirtschaftsweise notwendig scheint. Den auf die Lohnarbeit angewiesenen Menschen war bisher nur die Rolle von Hilfswerkzeugen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zugewiesen, die selbständige Interessen nicht haben durften und sich in allem dem Unternehmerinteresse zu unterordnen hatten.

Die Kapitalisten verstanden es auch stets, die Interessen der arbeitenden Menschen in einen Gegensatz zu stellen zu vorgezeichneten Interessen von Industrie und Handel, worunter sich stets nur die Sorge um den ungeschmälernten Profit des persönlichen Kapitals verbarg. Der Staat folgte ihnen auf diesem Wege.

Auch die neuere Schutzgesetzgebung für die Arbeiter wird durchwegs beeinflusst von Rücksichten auf den kapitalistischen Profit. Nur höchst zaghaft schritt die Staatsverwaltung endlich daran, Gesetze zum Schutz mindestens der körperlichen Gesundheit anzubahnen. Selbst diese kleinlichen Anfänge konnten der Kapitalistenklasse nur abgerungen werden, weil sich die Arbeiterkraft und die Angestellten allmählich ihrer Stellung in der Gesellschaft bewußt wurden und der Tendenz des rücksichtslos nur auf die Mehrung des Profits bedachten Kapitals immer schärfer das Interesse der Arbeiterklasse entgegenstellten. Durch die gewerkschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter wurde dem kapitalistischen Unternehmertum ein Arbeiterschutz aufgezwungen, der seinem Wesen und seinem Umfang nach der Gesetzgebung weit vorausseilt. Zu sehr war der Staat zu einem willfährigen Instrument der kapitalistischen Wirtschaft geworden, zu mächtig war der Einfluß der Kapitalistenklasse in der Politik, als daß den menschlichen Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten gesetzlich hätte voll Rechnung getragen werden können. Dieser Zustand änderte sich zum Teil erst dann, als auch die Arbeiterklasse größeren politischen Einfluß erlangte und an der Schaffung der Gesetze direkt teilnehmen konnte. Auch dann wurde aber die Schaffung eines jeden noch so bescheidenen Schutzgesetzes sehr gehemmt, nicht selten ganz verhindert. Meistens mußte das abgebrauchte Schlagwort von der „Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland“ herhalten und immer wieder wurde der Ruin unserer heimischen Industrie und unseres Handels prophezeit, wenn auch nur die geringste soziale Fürsorge für Arbeiter und Angestellte gesetzlich festgelegt oder ein bestehender ungenügender Schutz ausgestaltet werden sollte. Manchmal wurde diesem Schlagwort nicht Rechnung getragen, aber niemals ist der angekündigte Ruin eingetreten und ebensowenig hat irgendein kapitalistischer Unternehmer wegen der sozialen Fürsorge seine Zelte im Inland abgebrochen, um in das „konkurrenzfähigere“ Ausland zu übersiedeln . . .

Die bisherigen wirtschaftspolitischen Gesetze überhaupt und auch die Gesetz zum Schutze von Handel, Industrie und Gewerbe beinhalten ebensowenig einen Lohnschutz der in diesen Berufen Tätigen und auf ihren Lohn Angewiesenen, wie die eigentlichen Angestellten- und Arbeiterschutzgesetze.

Vergeblich würde man auch in unserer neuesten Gesetzgebung den wichtigsten Schutz für den Arbeiter und Angestellten, die gesetzliche Sicherung des ihm gebührenden angemessenen Lohnes suchen. Außer den festen Sätzen, die im Staatsbeamten- und Staatsdienergesetz, in Landesordnungen, in Gemeindeordnungen bezüglich der Gehälter und Löhne der im Dienst des Staates, des Landes oder der Gemeinde stehenden Beamten und Arbeiter enthalten sind, gibt es gesetzliche Vorschriften dieser Art nicht. Selbst die Gesetzgebung der neuesten Zeit, die nicht umhin konnte, der Lohnfrage einigermaßen näherzutreten, begnügte sich damit, die Art der Lohnzahlung, ihre Fristen, die Nichtanrechenbarkeit von bestimmten Forderungen auf den Lohn festzusetzen, jedoch die Lohnhöhe betreffend, bestenfalls nur auf die Ortsüblichkeit hinzuweisen. Man beachte, wie so ganz anders die Gesetzgebung das

eventuell gefährdete Einkommen der Unternehmer zu schützen bemüht ist. Bezeichnend hierfür ist das erst in den letzten Jahren geschaffene Kriegsleistungsgesetz. In richtiger Voraussicht der zu Kriegszeiten eintretenden *L e u e r u n g* hat die Gesetzgebung in diesem Gesetz für die damalige Zeit verhältnismäßig weit höhere Preise für sämtliche im Kriegsfall anzusprechenden Waren festgesetzt. So naheliegend dies gewesen wäre, wurde für die doch zweifellos ebenso notwendige Steigerung der Löhne und Gehälter auch nicht das mindeste gesetzlich vorgeesehen.

Selbst die Verbraucherpolitik ist sehr weitgehend zu einem Schutz für die Erzeuger und Händler geworden. Schon mehrmals im Kriege wurden festgesetzte Höchstpreise für dieselben Artikel nicht unwesentlich hinaufgesetzt und diese Maßregel auch mit den gesteigerten Produktionskosten begründet. Der Staat bekennet sich also zu dem Grundsatz, daß dem Staatsbürger ein Verdienst oder Einkommen immer im Verhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung zugebilligt werden muß — ein Grundsatz, der für die von der Lohnarbeit Lebenden leider praktisch noch nicht durchgeführt erscheint.

Die Kriegsnot offenbart besonders deutlich den argen Mangel einer gesetzlichen Sicherung der Einkommenshöhe bei Lohnarbeitern und bei den Angestellten.

Indessen haben der anhaltende Krieg und seine so überaus drückenden Folgen das Gewissen der für die Gegenwart und für die Zukunft verantwortlichen Faktoren einigermaßen wachgerüttelt. Der Wert der menschlichen Arbeitskraft wird nun allseits richtiger eingeschätzt. Hohe und höchste Stellen sind bemüht, dieser neuen Erkenntnis gebührend Ausdruck zu verleihen. Wohl deshalb und durch die arge Not der arbeitenden Menschen im Hinterland hat sich die Regierung zur Schaffung eines Gesetzes verstanden, welches nunmehr in Oesterreich zum ersten Male auf die Höhe der Entlohnung arbeitender Menschen auch in privaten Betrieben Einfluß nimmt: wir meinen die kaiserliche Verordnung vom 18. März 1917 betreffend die Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den militärischen Zwecken dienenden Betrieben. Die Einschränkung hier wird begreiflich, wenn man sich vor Augen hält, daß das Gesetz unter Berücksichtigung der gegenwärtig vorherrschenden militärischen Zwecke geschaffen wurde, und sie beeinträchtigt die Genugtuung nicht im mindesten, die jeder Menschenfreund empfinden muß, wenn er endlich ein österreichisches Gesetz vor sich sieht, welches im § 1 lautet:

Jenen Personen (also männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten. Anm. d. Red.), die in den militärischen Zwecken dienenden Betrieben beschäftigt sind, ist ein ihrer beruflichen Ausbildung und ihren Leistungen angemessener, durch die jeweiligen Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedingter Lohn zu gewähren.

Es wäre mit dieser Bestimmung wenig geholfen, wenn es lediglich bei ihrem allzu allgemeinen Wortlaut bliebe. Zu bestimmen, ob ein Lohn „angemessen“ ist, darf naturgemäß nicht den vor allem auf ihren Profit bedachten kapitalistischen Unternehmern überlassen bleiben, welche gewohnt sind, noch so aufreizende Hungerlöhne „angemessen“ zu finden. Das hat die Regierung wohl veranlaßt, im ganzen Reiche Beschwerdekommissionen zu errichten, deren Zusammensetzung dafür bürgt, daß nicht die Ansicht des Kapitalisten allein maß-

gebend wird. Neben solchen Beschwerdef Kommissionen werden auch zuständige Gerichte zur Überprüfung jedes Lohnes ermächtigt. Dadurch hat jeder männliche und weibliche Arbeiter und Angestellte eines oben näherbezeichneten Betriebes nunmehr das Recht, gesetzlich geschaffene Stellen zum Zwecke der Überprüfung und notwendigen Erhöhung seines Lohnes oder Gehalts anzurufen.

Das Gesetz sagt hierüber:

Ansprüche, die sich auf den bestehenden Lohn- oder Arbeitsvertrag oder auf die von den Beschwerdef Kommissionen festgesetzten bezüglichen Bedingungen begründen, können von den Arbeitnehmern nach ihrer Wahl entweder bei den zuständigen Gerichten oder bei den Beschwerdef Kommissionen geltend gemacht werden.

Damit jeder Zweifel darüber ausgeschlossen ist, besagt eine spätere Bestimmung, daß sich die Bestimmungen dieses Gesetzes auch auf Personen beziehen, „die in den militärischen Zwecken dienenden Betrieben zu höheren Dienstleistungen verwendet werden“. Die Entscheidung einer Beschwerdef Kommission oder des zuständigen Gerichtes ist für beide Teile, also für den Angestellten oder Arbeiter und für den Unternehmer rechtsverbindlich, unanfechtbar und im Wege der politischen Exekution vollstreckbar. Schließlich ist es gewiß begrüßenswert, in einem Gesetz die notwendige Bestimmung zu lesen, daß sich die Arbeiter und Angestellten bei den Verhandlungen vor den Beschwerdef Kommissionen oder Gerichten durch Berufsgenossen oder durch ihre Organisation vertreten lassen können.

Ueber die Entlohnung und Arbeitsbedingungen wird in der Kaiserlichen Verordnung des weiteren näher bestimmt:

Die zu gewährende Entlohnung darf unter sonst gleichen Arbeits- und Lebensverhältnissen nicht niedriger sein als in den Betrieben gleicher Art, insbesondere jenen, die nichtmilitärischen Zwecken dienen. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind besonders zu entlohnen. Bei Gewährung von Teuerungszulagen und Zubeußen anderer Art ist auf den Familienstand des Beschäftigten und die Zahl der von ihm zu versorgenden Angehörigen Rücksicht zu nehmen. Zu den Arbeitsbedingungen zählen insbesondere: die Arbeitszeit und die Arbeitspausen, die Sonn- und Feiertagsruhe, die Art der zugewiesenen Arbeit, die Vor sorgen zum Schutze der Gesundheit und Sittlichkeit sowie zur Sicherheit der Beschäftigten, ihrer Unterbringung und Verköstigung.

Die Kommission hat sowohl über die Begehren einzelner Parteien als auch einer Gruppe von Personen zu entscheiden. Sie kann auch von Amts wegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eines militärischen Zwecken dienenden Betriebes regeln, wenn sie durch eigene Wahrnehmung oder in anderer Weise, zum Beispiel Mitteilung einer Berufsvereinigung, zur Kenntnis von Tatsachen gelangt, die eine solche Regelung als notwendig oder wünschenswert erscheinen lassen.

Die arbeitenden Menschen in Oesterreich werden sich die Genußnahme ob dieses in seinen Grundsätzen wertvollen Gesetzes nicht durch dessen sonstigen Inhalt beeinträchtigen lassen. Weder dadurch, daß dieses die Freizügigkeit der Arbeiter und Angestellten sehr wesentlich einschränkt, noch dadurch, daß das Kriegszeitungsgesetz damit auch auf die Frauen ausgedehnt erscheint. Das sind Bestimmungen, die, wenn nicht schon bei der bevorstehenden parlamentarischen Überprüfung, so doch nach dem Krieg, weil dann gewiß überflüssig, zu ändern beziehungsweise aufzuheben sein werden.

Gingegen wäre es unverständlich und würde den zahlreichen Anerkennungen für die Leistungen der arbeitenden Menschen im Kriege sehr widersprechen, von

wenig Entgegenkommen an die aus dem Krieg heimkehrenden Angestellten und Arbeitermassen zeigen, wenn Regierung und Gesetzgebung nicht schon jetzt ernstlich bemüht wären, die Geltung dieses höchst zeitgemäßen und notwendigen Gesetzes zur Sicherung einer angemessenen Lohnhöhe auch für die Friedenszeit zu sichern.

Wir können nicht glauben, daß unserem Vervlangen nach Schaffung eines solchen Gesetzes auch für die Friedenszeit ernstlich von irgendeiner Seite widersprochen werden könnte. Hat doch der Krieg deutlich aufgezeigt, daß bei weitem wertvoller als alles jene Gesetze sind, welche die Gesundheit der arbeitenden Menschen schützen und endlich auch ihr Einkommen so gestalten, daß Arbeiter und Angestellte mit ihren Familien — also so ziemlich die gesamte Bevölkerung — nicht länger der Willkür des einzelnen Kapitalisten ausgeliefert bleiben, unter der sie bisher litten und welche selbst in Zeiten der allgemeinen Kriegsnot uneingeschränkt wütete.

Die Gesetzgebung dürfte auch kaum eine zeitgemäßere und wichtigere Tat als Anerkennung für die Leistungen der arbeitenden Bevölkerung in diesem furchtbaren Krieg setzen können, als die Schaffung eines Gesetzes, das den Angestellten und Arbeitern ein möglichst gesichertes, wirtschaftliches Dasein verbürgt.

Mit einer bisher nicht dagewesenen Machtfülle ausgestaltet, wird der Staat aus diesem Krieg hervorgehen. Es ist bezeichnend, daß in Deutschland von einem künftigen sozialen Königtum auch von einer Seite gesprochen wird, von der es vor dem Krieg am allerwenigsten erwartet werden konnte. Man begreift es allgemein, weil ebenso allgemein tiefgreifende soziale Reformen erwartet werden, und es wirklich schwer fiele, eine bessere Verwendung für die neuzeitige Machtfülle des Staates zu finden.

Die gesetzliche Regelung der Lohnfrage ist zeitgemäß und dringend notwendig. — Die Sicherung von Mindestlöhnen und Schaffung der Lohnkommissionen ebenso wichtig. — Das ganze Gesetz technisch leicht durchzuführen.

So schwierig es noch vor etlicher Zeit gewesen sein mag, ein solches Gesetz zustande zu bringen, so selbstverständlich und leicht ist es dadurch geworden, daß eben der Krieg ein solches Gesetz bereits notwendig gemacht hat. Es wurde damit ohnedies nur ein Teil dessen vorgekehrt, was zur Milderung der Kriegsnot im Hinterland not tut. Viel mehr wird gewiß noch geschehen müssen, weil dieser Krieg offenbart hat, daß ebenso wie militärische Vorkehrungen in Zukunft auch geeignete Maßnahmen werden getroffen werden müssen, die verhindern, daß nicht Hunger und Entbehrungen im Hinterland jeden militärischen Erfolg gefährden. In bürgerlichen Kreisen wurde das Wort vom „wirtschaftlichen Generalstab“ geprägt, welcher in Zukunft neben dem militärischen für die allgemeine Wohlfahrt auch im Kriege wird vorzusorgen haben. Als diesen wirtschaftlichen Generalstab wollen wir für unseren Teil neben der Regierung die von sachlichen Körperschaften beratene Gesetzgebung betrachten, denen es obliegen wird, die Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung auf jede Art zu fördern. Dem gesellschaftlichen Leben sind jene Sicherheiten zu geben, daß es selbst in Kriegszeiten nicht mehr als notwendig beeinträchtigt wird.

Technisch ist der Uebergang von der Kaiserlichen Verordnung vom 18. März 1917, R.-G.-Bl. Nr. 122, zu einem Friedensgesetz gewiß auf die Art leicht möglich, daß Beschwerdef Kommissionen mit ihren Ortsstellen für jeden politischen Bezirk geschaffen werden

und neben den zuständigen Gerichten in die Lage kommen, regelnd und sichernd in die Lohnfragen einzugreifen.

Die Einigungs- und Lohnkommissionen sollen ermächtigt werden, in bestimmten Fristen den Mindestlohn festzusetzen, unter welchen das Einkommen eines Angestellten nicht sinken darf, wenn nicht wie durch die bisherige Lohnanarchie nach dem Kriege Verelendung von Familien und Massenauswanderung wieder eintreten sollen.

Die Gesamthöhe des über das festgesetzte Mindestmaß in den einzelnen Fällen natürlicherweise hinausgehenden Lohnes oder Gehaltes bliebe auch künftig der Vereinbarung zwischen dem Angestellten und seinem Unternehmer vorbehalten. Dort, wo eine solche individuelle Vereinbarung vorliegt, soll dem Angestellten das Recht eingeräumt werden, die zuständige Einigungs- und Lohnkommission anzurufen, damit sie für beide Teile endgültig entscheide, ob die vereinbarte Lohnhöhe der beruflichen Ausbildung, der Verwendbarkeit, dem Alter, dem Familienstand, den Kosten der Lebenshaltung und der Notwendigkeit, für die Zeiten der Arbeitslosigkeit und des Alters Rücklagen zu machen, entspricht.

Den Einigungs- und Lohnkommissionen, in denen neben der Staatsverwaltung auch eine angemessene Vertretung der Angestellten vorgesehen werden müßte, würde schließlich die Sicherung der Lohnhöhe obliegen, welche die Organisationen der Angestellten und der Unternehmer in Form von Kollektivverträgen vereinbart haben.

Der Mangel eines gesetzlichen Schutzes der Kollektivverträge war schon vor dem Kriege unangenehm fühlbar.

So umfassend und eingehend die Beratung dieses von uns hiemit verlangten Gesetzes sein müßte, könnte sie doch noch während des Krieges stattfinden. Die Sicherung eines ausreichenden Einkommens für die Privatangestellten jeder Art und für die sonstigen Lohnarbeiter gehört mit zu den dringendsten Arbeiten, die der Wiederaufbau nach dem Kriege erfordert. Die Erhöhung des Nationalvermögens, die notwendige Steigerung der Steuerlast der Bevölkerung können nur bewirkt werden durch eine intensivere Produktion auf allen Gebieten, die wieder eine entsprechende Absatzmöglichkeit erfordert. Die Verbraucher müssen kaufkräftig gemacht, es muß ihr Lohneinkommen den Bedürfnissen, die die Fristung ihres Lebens erfordert, angepaßt werden.

Fertiggestellt, wäre ein solches Gesetz nicht nur ein nach allen Seiten hin sofort vorteilhaft wirkender Akt sozialer Fürsorge, er wäre auch ein wohlverdienter Willkommgruß für alle die zahllosen vom Kriege heimkehrenden, ausschließlich von dem Ertrag ihrer Lohnarbeit lebenden Staatsbürger.

Wien, im Mai 1917.